

Wenn Söder das wüsste

Es heißt ja immer, die Leute wollen keine Windräder, schon gar nicht in Bayern. Aber in Mindelheim kann es vielen gerade gar nicht schnell genug gehen. Von Bürgern, die wohl ein ganzes Stück weiter sind, als die Politiker glauben

Von Jan Schmidbauer

Wenn Stephan Winter über die 16 000 Einwohner seiner kleinen Stadt redet, dann redet er meist nur über „den Bürger“. Eine Spezies, die er in zwanzig Jahren als Kommunalpolitiker ausgiebig erforscht hat. Er weiß zum Beispiel, dass man „den Bürger“ auf keinen Fall überfordern darf. Er weiß, dass man dem Bürger sehr genau erklären muss, was man als Politiker vorhat. Und er weiß, was der Bürger normalerweise gar nicht mag: Veränderung.

In letzter Zeit hat Stephan Winter beim Bürger allerdings eine Art Verwandlung festgestellt. Er erkennt ihn manchmal gar nicht wieder, den Bürger.

Ein Donnerstag im Mai. Winter steigt in seinen Hybrid-BMW und fährt durch den Ort, in dem er seit zwanzig Jahren Bürgermeister ist: Mindelheim, eine Kleinstadt im Allgäu. Er fährt vorbei an rausgeputzten Altstadthäusern, an Tankstellen und Supermärkten. Nach zwei Kilometern biegt er ab und parkt auf einem Feldweg.

Die Gipfel der Allgäuer Alpen sind von hier aus nicht zu sehen. Auch nicht die 900 Jahre alte Mindelburg, das Wahrzeichen der Stadt und seit vergangenem Jahr ein „national bedeutsames Denkmal“, also in einer Liga mit Neuschwanstein. Man sieht nur ein Feld, ein paar Pferde und einen Nadelwald.

Der Bürgermeister steigt aus dem Wagen, Landkarte in der Hand. Er schaut auf die Karte, dann Richtung Wald. „Das ist das Windvorranggebiet“, sagt er. Hier soll er also mal stehen, irgendwo zwischen den Bäumen, der Mindelheimer Windpark. Oder mal ganz groß eingehängt: Der Wald ist Mindelheims schwere Waffe im Unabhängigkeitskampf gegen Putin.

Der Krieg in der Ukraine war gerade mal neun Wochen alt, als die Stadträte von Mindelheim ins Rathaus kamen und mit einer Grundsatzentscheidung wieder gingen. Einer Entscheidung, die in ihrer Deutlichkeit auch den Bürgermeister überrascht hat. Neunzehn Stadträte stimmten dafür, dass Mindelheim Windräder bekommen soll. Nur drei stimmten dagegen. Knapp zwei Monate ist das jetzt her. Und dafür, dass da gerade eine Entscheidung über Windräder getroffen wurde, über Windräder in Bayern, ist es ziemlich ruhig in dieser Stadt. „Gespenstisch ruhig“, sagt Stephan Winter.

Es ist ja oft beschrieben, beklagt und besprochen worden, wie unpopulär die Windenergie ist. Nicht nur in Bayern, aber vor allem in Bayern. Vor einer „Verspargelung“ der Landschaft warnte Horst Seehofer 2014. Und sein Nachfolger Markus Söder greift auch acht Jahre danach zum gleichen Gemüse. Vor „Unfrieden auf den Dörfern“ und einem drohenden „Spargel-Schock“ warnte er im Mai, pünktlich zur Spargelzeit. Es ging um ein Gesetz, mit dem Robert Habeck den Ausbau von Windrädern in den Bundesländern beschleunigen will. Bevor es vergangene Woche durchs Kabinett ging, legte Söders Bauminister Christian Bernreiter noch mal nach und sprach von einem „Bürokratiemonster“.

Der Wind, der Bürger, der Freistaat. Auch Stephan Winter war lange sehr vorsichtig, wenn es um Windräder ging. Er ist in der CSU. Er macht gerne Politik. Aber er hat auch gerne, wenn er für diese Politik eine breite Mehrheit hat. Er will jedenfalls ehrlich sein, sagt er. Vor einem Jahr hat er noch versucht, den Leiter seines kommunalen

Energieteam ein bisschen zu bremsen, was die Erneuerbaren angeht. Er weiß noch, was er gesagt hat: „Roland, bitte überfordere mir den Bürger nicht.“ Und Roland, mit Nachnamen Ahne, der jetzt im Wald auch dabei ist, wird das später bestätigen. Es ist dann allerdings eine Menge passiert in diesem einen Jahr. In Mindelheim. In der Welt.

Über den Tannenwald donnert jetzt ein Billigflieger aus dem 30 Kilometer entfernten Memmingen, einer von vielen an diesem Tag. Mindestens 800 Meter hoch sind sie hier schon, sagt der Bürgermeister. Wahrscheinlich hoch genug, um die Windkraft-Pläne nicht zu gefährden. Aber tief genug, um ein paar grundsätzliche Fragen aufzuwerfen.

Es ist nicht nur Putins Krieg, der die Haltung der Menschen zu den Erneuerbaren verändert hat, sagt Stephan Winter, man sollte auch die Bedeutung von „Fridays for Future“ nicht unterschätzen. Das, was Greta Thunberg bewirkt hat, und die vielen jungen Menschen, die sich ihr angeschlossen haben. Die Debatten, die sie ausgelöst haben. Kann man das noch bringen, für ein Wochenende nach Barcelona fliegen?

Und dann die Bundestagswahl. Fünfzehn Prozent für die Grünen. Zwei Prozent der deutschen Landesfläche für Windräder, so steht das jetzt als Ziel im Koalitionsvertrag. Seitdem meldet sich beim Bürgermeister alle zwei Wochen eine neue Planungsfirma, die was machen will aus dem Windvorranggebiet im Mindelheimer Stadtwald. Geld und grünen Strom.

„Und den letzten richtigen Drive hat das Ganze dann bekommen, wo die Russen in die Ukraine einmarschiert sind“, sagt Stephan Winter jetzt. „Und spätestens nach zwei, drei Tagen hat es jeder gesehen an der Zapfsäule. Und an der Stromrechnung werden's heuer zum Jahresende auch noch die letzten Ignoranten merken.“

Das ist ja der Punkt: Dass Windräder und Solaranlagen durch den Krieg eine ganz neue Bedeutung bekommen haben. Es geht nicht mehr allein um Klimaschutz. Es geht jetzt darum, im Winter nicht zu frieren oder im Dunkeln zu sitzen. Darum, den Wohlstand zu behalten, an den man sich gewöhnt hat. Und auch darum, Putin nicht noch mehr Geld in den Rachen zu werfen.

Gehört die These, dass man als Politiker nur verlieren kann mit Windrädern, einem Realitätscheck unterzogen? Jetzt, wo es so ruhig ist? Jetzt, wo Christian Lindner von „Freiheitsenergien“ spricht und Unternehmen, denen früher egal war, woher die Energie kommt, solange sie billig ist, die Politik fast schon anflehen, mehr Erneuerbare zu bauen, und zwar schnell?

Stephan Winter traut der Ruhe nicht. Noch ist nicht mal klar, wie viele Windräder es genau werden, drei, vielleicht vier. Noch sind keine Gutachten erstellt, keine Vögel und keine Fledermäuse gezählt. Noch haben sie nicht mal was Schriftliches aus München. Bauen können sie die Windräder hier nur, weil Söder die 10-H-Regelung in Ausnahmefällen lockern will, zum Beispiel für Windvorranggebiete wie dieses hier. Und wer weiß schon, wie lange es so ruhig bleibt. Stephan Winter schaut zum Wald und sagt: „Man muss die Zeit sicherlich jetzt nutzen.“

Zwanzig Jahre Bürgermeister, da weiß man, wie schnell Stimmungen kippen können. Er erinnert sich an die Jahre nach der Atomkatastrophe von Fukushima, nach Merkels Entscheidung, den Atomausstieg vorzuziehen. Schon damals wurde in Mindelheim über Windräder im Stadtwald diskutiert, der Landkreis hat die Fläche seit 2015 dafür ausgewiesen. Aber egal, wo Winter damals hinging, Jahreshauptversammlung, Vereinsfeier, Stammtisch, er hörte vor allem Bedenken, Ängste.

Aus den Windkraft-Plänen wurde damals jedenfalls nichts. Und Solaranlagen zu bauen war auch nicht einfacher, sagt er. Es gab Pläne für einen Solarpark, auf einer Fläche, die zwischen zwei Bahntrassen liegt. War eine interessante Erfahrung, sagt Stephan Winter. „Wenn Sie in der Stadthalle stehen, und 400, 500 aufgebrachte Bürger brüllen Sie nieder. Natürlich hat man ein politisches Gefühl, was geht und was nicht geht.“

Dass momentan viel mehr geht, hat aus seiner Sicht damit zu tun, dass die Menschen wissen, was auf dem Spiel steht. Er zählt ein paar Eckdaten auf. Eine Partie Mindelheim-Quartett. 16 000 Einwohner, 12 500 Arbeitsplätze. Maschinenbau, Beton, Tierfutter. Arbeitgeber, die führend sind mit ihren Produkten. „Das sieht er auch ein“, sagt Stephan Winter und meint den Bürger. „Ich arbeite vielleicht hier bei einer Firma und will meinen Arbeitsplatz behalten. Und dass wir dafür Strom brauchen, das weiß jeder.“

Sieben Kilometer weiter östlich steht der Betriebswirt Robert Wiblishauser auf einer Empore und schaut in eine riesige Halle voller Maschinen und Hochregallager. Sieht aus wie bei Amazon, ist aber Allgäuer Mittelstand. Die Firma Tricor liegt streng genommen auf dem Gebiet der Nachbarstadt Bad Wörishofen, was viele Mindelheimer nicht daran hindert, hier zu arbeiten. Tricor stellt Spezialkartons her, von denen die Hälfte an die Autobranche geht, die darin zum Beispiel Getriebe oder Verbrennungsmotoren transportiert. Bis zu drei Tonnen Gewicht hält so ein Karton aus, sagt Robert Wiblishauser.

Wie das funktioniert? Er geht durch eine Tür, hinter der es warm ist und schwül. „Das ist jetzt gewissermaßen unser Rohmaterial“, sagt Wiblishauser und zeigt auf meterhohe Papierrollen, die hier befeuchtet werden. Erst dann können die Maschinen die Pappe in die Wellenform bringen, die den Karton so stabil machen. Die Feuchtigkeit muss danach allerdings wieder raus aus der Pappe, mit Hitze. Sie brauchen hier also Energie, so viel, dass es gerade richtig wehtut. „Bis vor Kurzem waren es 2,5 Prozent unserer Kosten, jetzt droht der Anteil auf 7,5 Prozent zu steigen“, sagt der Tricor-Geschäftsführer. In Euro heißt das, dass sie statt 3,8 Millionen im Jahr für Strom und Gas zwölf Millionen zahlen könnten.

Wiblishauser geht wieder in den kühleren Teil der Halle, wo Roboter Kartonteile zuschneiden, Mitarbeiter an Maschinen stehen und ein automatisch fahrender Wagen „Für Elise“ piepst, um vor Kollisionen zu warnen. Strom oder Gas brauchen sie hier für alles. Es geht nicht nur ums Geld. Unabhängigkeit ist für so ein Unternehmen im Zweifel überlebenswichtig. Wenn hier die Produktion stillsteht, kann das im schlimmsten Fall Automobilkonzerne in Schwierigkeiten bringen. Irgendwie muss er ja verpackt werden, so ein Vierzylinder.

Der Wind und die Wirtschaft, dieses Verhältnis scheint jedenfalls inniger zu werden. Und die Wirtschaft und die CSU? Klar hat Robert Wiblishauser verfolgt, dass Markus Söder die 10-H-Regel lockern will, um den Ausbau zu beschleunigen. Aber er will sie halt auch nicht abschaffen. Was würde er dem Ministerpräsidenten sagen, wenn er mal in seine Fabrik kommen würde? „Wenn er an einer starken Industrie interessiert ist, muss er diesen Weg maximal unterstützen.“ Das würde er ihm sagen. Immerhin gehe es mit den Erneuerbaren ein bisschen schneller, seit die Grünen im Bund mitregieren. So reden jetzt bayerische Unternehmer.

Geschwindigkeit, auch darum geht's Leuten wie ihm. Mit einer Entscheidung im Stadtrat fängt ja alles erst an. Locker fünf Jahre dauert es, bis so ein Windrad steht, oft länger. Naturschutz, Lärmschutz, Sichtachsen, Schattenschlag, Artenschutz. Schwarzstorch, Rotmilan, Gelbbauchunke, Mopsfledermaus. Alles schön und gut, aber die Kunden erwarten mittlerweile, dass Tricor seine Kartons mit grünem Strom herstellt, und zwar jetzt. „Mit fünf bis sechs Jahren kann ich nicht zum Kunden gehen“, sagt er.

Man könnte auch sagen: Tricor bekommt Druck und gibt ihn weiter an die Politik, gemeinsam mit anderen Arbeitgebern dieser Region, man hat sich vernetzt.

„Der prescht vor“, sagt der Bürgermeister und meint ausnahmsweise nicht „den Bürger“, sondern den Unternehmer. Robert Wiblishauser will dazu nicht viel sagen. Nur das: „Wir haben mit ein paar geredet und eine positive Resonanz bekommen.“ Und was man so hört, geht es den Unternehmern hier nicht nur darum, CO₂ einzusparen, sondern auch Geld. Wer direkt an ein Windrad angeschlossen ist, kann die hohen Gebühren für die Stromnetze umgehen. Auch darauf hoffen sie hier. Auf Entlastung durch den Wind.

In dem Wald, in dem eines Tages die Mindelheimer Windräder stehen sollen, hoffen sie dagegen, dass sie nicht gebaut werden, die Windräder, zumindest nicht hier, in ihrem Wald.

Nicolas Heberle steht schon vor seiner Gaststätte, als man nach Sankt Anna hochfährt. Er gehört zu der Sorte Bürger, die in Mindelheim selten geworden ist. Er ist ein Gegner der Windräder, so wie seine Nachbarn, die in Sankt Anna wohnen, einem Ortsteil, der nach einer Wallfahrtskirche benannt ist, die hier mal stand. Heute gibt es hier noch eine kleine Kapelle, vier Familien, ein Ausflugslokal und Heberle, der mit einem Glas Schorle in seinem Gasthaus sitzt und sagt: „Jetzt wegen dem Ukraine-Krieg alle Vorsätze über Bord zu werfen und einfach draufloszubauen, das kann nicht sein.“

Nicolas Heberle war gleich bereit zu reden. Andere Mindelheimer Windkraftgegner rufen entweder nicht zurück oder sagen ab, wenn man nach den Argumenten gegen die Windräder fragt. Zum Beispiel der Schweinebauer, der schräg gegenüber vom Wirtshaus wohnt und, bevor er auflegt, noch sagt, dass gegen diese Euphorie ja sowieso keine Argumente mehr zählen würden. Auch ein Teil der Zeitenwende. Dass sich Windkraftgegner jetzt in der Minderheit fühlen.

Nicolas Heberle ist 27. Er hat die Gaststätte vor anderthalb Jahren übernommen, mitten in der Pandemie, aber es läuft gut, sagt er. Er hat ein bisschen renoviert, eine neue Karte geschrieben. Und er hat sich in diesen Ort verliebt, er, das „Stadtkind“. Die Wälder, die Wiesen, „die ganze Idylle hier“. Zu dieser Idylle gehört für ihn auch der Rotmilan. Die Hälfte der weltweiten Population lebt in Deutschland, weshalb Deutschland aus Sicht von Naturschützern auch eine besondere Verantwortung für den Greifvogel hat.

Wenn Windräder gebaut werden, dann ging es immer schon um die Frage, was stärker wiegt: Artenschutz oder Klimaschutz. Wobei ja auch die Frage ist, was so ein Rotmilan noch von Artenschutz hat, wenn das Klima kippt. Und jetzt kommt dazu, dass alle so schnell wie möglich unabhängig von Putins Rohstoffen werden wollen. Es sind besondere Zeiten. Zeiten, in denen sogar Grünen-Politiker den Artenschutz lockern wollen, um den Ausbau der Erneuerbaren zu beschleunigen. Ein entsprechendes Gesetz haben Wirtschaftsminister Robert Habeck und Umweltministerin Steffi Lemke ausgearbeitet. Artenschutz und Naturschutz sollen dadurch vereint werden, heißt es. Aber ein bisschen was ändert sich schon für den Rotmilan. Bislang musste zum Beispiel bis zu einem Abstand von 4000 Metern zwischen geplantem Windrad und Vogelhorst geprüft werden, ob der Milan gefährdet ist. Jetzt sollen es nur noch 2000 Meter sein.

Heberle sagt, dass er dem Rotmilan schon verfallen war, bevor er von den Windkraft-Plänen hörte. Wenn man ihn fragt, wo er wohnt, der Adler von Sankt Anna, wie seine Mitarbeiter den Rotmilan nennen, zeigt er aus dem Fenster und sagt: „Da oben im dritten Baum sitzt er.“ Er geht raus, schaut zum Baum. Nichts zu sehen vom Rotmilan. „Der schreit auch ganz laut, aber jetzt hört man ihn grad nicht“, sagt Heberle. Vorführeffekt. Als man eine Woche später noch mal vorbeischaute, kreist der Rotmilan dann doch über Sankt Anna.

Nicolas Heberle springt auf, rennt auf die Wiese, schaut dem Milan hinterher. Der Milan schaut nicht zurück. Er schaut, wenn nicht alles täuscht, nach unten. Typisch! Nach Beute schaut er, was ihm aus Sicht von Vogelschützern zum Verhängnis wird, wenn sich vor ihm ein Windrad dreht. Eine Studie im Auftrag der EU-Kommission zeigte allerdings vor ein paar Monaten, dass dem Milan viel häufiger zum Verhängnis wird, dass er tote Ratten und Mäuse frisst, die an Giftködern krepieren sind.

Nicolas Heberle sagt, dass er im Prinzip nichts gegen Windräder habe. Er hat sich mit seiner Frau mal eins angeschaut, hat sich unter den Rotor gestellt. Lärm? „Mich hat jetzt nichts sonderlich gestört daran“, sagt er. Er ärgert sich ja selbst, wie abhängig Deutschland von Energie aus dem Ausland ist. Wie teuer alles wird. Schon jetzt zahlt er 1000 Euro im Monat für Energie. Er muss nur seinen Ofen anmachen, dann fließen hier zwölf Kilowatt durch die Leitung. Er wäre auch dafür, die 10-H-Regelung abzuschaffen, mehr Windräder zu bauen. Aber warum ausgerechnet hier so viele Bäume fällen, so viel Beton in den Boden gießen? „Ich find's traumhaft schön hier. Da mach ich mir einfach Sorgen drum.“ Schön fände er übrigens auch, wenn sich der Bürgermeister seine Sorgen mal anhören würde. „Hier hat er sich noch nicht blicken lassen. Er ist gerne auf ein Bier eingeladen. Oder 'ne Cola, wenn's dienstlich ist.“ Auch darum geht's ihm: gehört werden.

Der Bürgermeister sitzt in seinem Büro. Das erste Windrad steht schon, zwischen den Substrat-Steinchen einer Topfpflanze. Ein Geschenk der Kindergartengruppe. Natürlich weiß Stephan Winter, dass die Menschen in Sankt Anna anders über die Windkraft-Pläne denken. Dass sie sich fragen, wer profitiert, die Wirtschaft oder die Menschen, die hier leben? Auch wenn's dem Klima egal ist, wer Kohlendioxid einspart. Auch wenn der Stadtrat entschieden hat, dass die Bürger die Möglichkeit kriegen müssen, sich an den Windrädern zu beteiligen. Er weiß, dass es „keine konfliktfreie Form der Energiegewinnung gibt“. Es ist ein Satz, den er immer wieder sagt.

Er will auch sprechen mit den Menschen, die anderer Meinung sind, sagt Stephan Winter. Aber erst mal will er wissen, wie es weitergeht. Ist für ihn ja auch alles neu. Er sagt, dass der lokale Stromversorger gerade Vorschläge ausarbeitet. Wer kann angeschlossen werden an die Windräder? Wie können die Bürger beteiligt werden? Alles noch offen.

Zu tun ist jedenfalls genug, nicht nur bei der Windkraft. Sie hatten hier vor ein paar Wochen eine Sitzung des Stadtrats, sagt Stephan Winter. Es ging um den Bebauungsplan für die Photovoltaik-Anlage im Mindelheimer Gleisdreieck. Um das Projekt, für das er vor Jahren niedergebrüllt wurde. Der Stadtrat hat sich für den Plan entschieden. Einstimmig.